

Entdifferenzierung, Desintegration, Re-Differenzierung: zur Modellierung des politisch-ökonomischen Krisenzyklus in der Volksrepublik Polen

Siegel, Achim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Siegel, A. (1997). Entdifferenzierung, Desintegration, Re-Differenzierung: zur Modellierung des politisch-ökonomischen Krisenzyklus in der Volksrepublik Polen. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 363-369). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138865>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

2. Entdifferenzierung, Desintegration, Re-Differenzierung. Zur Modellierung des politisch-ökonomischen Krisenzyklus in der Volksrepublik Polen

Achim Siegel

Die Geschichte der VR Polen ist durch einen ausgeprägten Krisenzyklus gekennzeichnet (vgl. Jermakowicz 1985, Thadden 1986, Staniszkis 1991, Antoszewski 1992). Im folgenden möchte ich eine Theorie zur Erklärung dieses Krisenzyklus vorstellen, die auf Grundgedanken des polnischen Philosophen Leszek Nowak aufbaut und diese weiterführt (Nowak 1991).

1. Grundzüge des politisch-ökonomischen Krisenzyklus in der Volksrepublik Polen

Die Geschichte der VR Polen läßt sich in groben Zügen in zwei Abschnitte unterteilen. Die Jahre 1944-55 können als die Phase der Herausbildung einer sozialistischen Einparteiherrschaft gelten; diese läßt sich modernisierungstheoretisch als Phase zunehmender *Entdifferenzierung* der Gesellschaft bezeichnen. Die Jahre 1956-89 hingegen können als eine Phase begriffen werden, in der sich die zentrale Verfügungsgewalt der Partei in verschiedenen Subsystemen im Trend lockerte – *Re-Differenzierungstendenzen* nahmen zu. Diese Entwicklung vollzog sich zyklisch: Auf Perioden politischer und wirtschaftlicher Liberalisierungen folgten Phasen der partiellen Restauration »alter« Herrschaftsstrukturen. Die Jahre 1956-58, 1971-74, 1980-81 (im Bereich der Wirtschaftspolitik bis 1982) und 1988/89 können als Reformperioden angesehen werden, die übrigen Abschnitte als Phasen partieller Restauration. Jeder der Reformperioden gingen soziale Unruhen, d.h. *akute Gefährdungen der Sozialintegration*, voraus (vgl. z.B. Thadden 1986, Antoszewski 1992).

Auch in der Wirtschaftsordnungspolitik lassen sich Entdifferenzierungs- und Re-Differenzierungstendenzen erkennen. Nachdem 1949-53 eine Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs etabliert worden war, wurden in den Reformperioden 1956-57, 1972-74, 1981-82 und ab 1988 sukzessiv größere Bereiche der Wirtschaft dezentralisiert: In der Landwirtschaft entstand ein größerer Spielraum für privatbäuerliche Aktivitäten aus, in der Industrie wurden direktive Lenkungsmethoden *tendenziell* durch sog. parametrische Methoden abgelöst, die den Unternehmen deutlich größere Entscheidungsspielräume beließen und die Kompetenzen der Branchenministerien *tendenziell* einschränkten (vgl. Jermakowicz 1985; Jermakowicz/Thompson Follis 1988). Das politisch-ökonomische Kalkül einer Stärkung parametrischer Methoden in sozialistischen Systemen ist zumeist, mit der erweiterten Selbstständigkeit der Unternehmen Anreize zu einem effizienteren Wirtschaften zu schaffen. Eine genaue Betrachtung zeigt, daß Arbeits- und Kapitalproduktivität nach »Parametrisierungsschüben« zunächst – wenn auch nur temporär – stiegen und daß das Wirtschaftslenkungssystem Polens sich *tendenziell* – und zwar in mehreren Zyklen – vom Direktivsystem der Jahre 1950-55 entfernte und zunehmend »parametrische Züge« annahm (Jermakowicz 1985; Jermakowicz/Thompson Follis 1988).

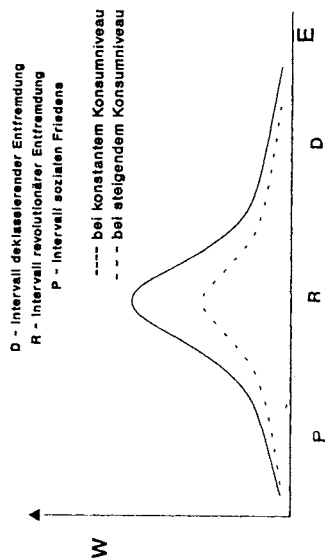
Abb.1: Widerstand (W) und Entfremdung (E) d.Bürger
(nach Modellannahmen)

Abb.2: Entwicklung im Zeitverlauf (nach Modell I)

Erläuterungen siehe Abb.1

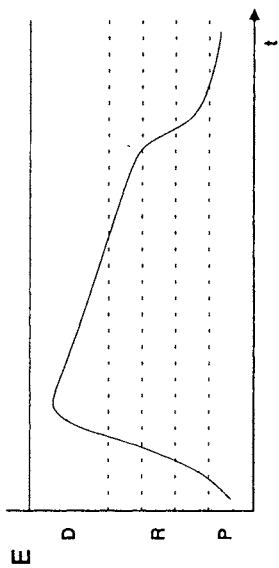


Abb.3: Entwicklung im Zeitverlauf (nach Modell II)

Erläuterungen siehe Abb.1

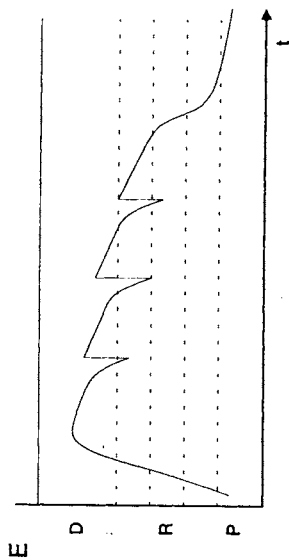
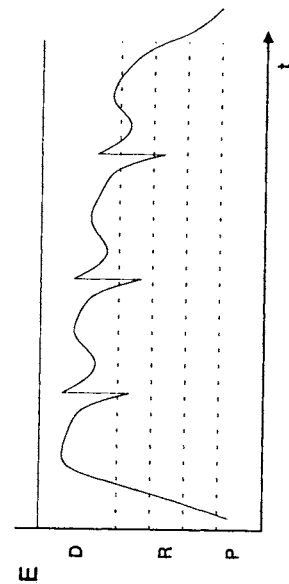


Abb.4: Entwicklung im Zeitverlauf (nach Modell III)

Erläuterungen siehe Abb.1



2. Versuch einer Modellierung des Krisenzyklus in der VR Polen: Annahmen

Das im folgenden skizzierte Modell basiert auf der Methode der *Idealisierung und stufenweisen Konkretisierung* (Nowak 1989). Demnach besteht eine Theorie aus einer Sequenz von Modellen, in welchen jeweils das Zusammenspiel einiger weniger Variablen (Faktoren) simuliert wird. Im ersten (und abstraktesten) Modell werden nur solche Faktoren berücksichtigt, die für ein bestimmtes Explanandum als *primär maßgeblich* angesehen werden; dieses erste Modell schließt mittels idealisierender (kontrafaktischer) Annahmen den Einfluß sekundärer Faktoren bewußt aus. Diese werden erst in nachfolgenden, abgeleiteten Modellen einbezogen: das Basismodell wird also stufenweise konkretisiert.

Nowak begreift ein sozialistische Gesellschaft idealtypisch als ein System, in der eine politische Organisation nicht nur über die staatlichen Zwangsmittel, sondern auch über die wichtigsten Produktions- und Massenkommunikationsmittel verfügt. Nowak konzipiert im Basismodell die Herrschenden lediglich als *politische Machthaber* und sieht zunächst von ihren ökonomischen und kulturellen Funktionen ab (Annahme A). Den Machthabern stehen die *Bürger* gegenüber, die über keine materialen Machtmittel verfügen. Weiterhin wird kontrafaktisch angenommen, daß nur homogene soziale Gruppen/Klassen existieren – d.h. von strukturellen Unterschieden unter den Mitgliedern einer Gruppe wird zunächst abgesehen (Annahme B). Unterstellt wird weiterhin, daß das System keinen externen (internationalen) Einflüssen unterliegt (Annahme C), daß das technologische Wissen konstant bleibt, daß die Bevölkerung ethnisch homogen ist usw. – kurz: die Aussagen des Basismodells gelten unter der *ceteris-paribus*-Klausel. Auf dieser Grundlage werden nun drei Hypothesen über das Verhalten der beiden sozialen Klassen formuliert. (1) Das Interesse der Machthaber besteht in der Ausweitung etatistischer Interaktionen, d.h. derjenigen Interaktionen der Bürger, die von Partei- bzw. Staatsbehörden organisiert werden. Für die permanente Tendenz zur Ausweitung des parteistaatlichen Regulationsbereichs sorgt die Rivalität (in Gestalt des »bürokratischen Wettbewerbs«) unter den Machthabern. (2) Die Bürger sind hingegen an der Ausweitung nicht-etatistischer (autonomer) Interaktionen interessiert und setzen daher den Tendenzen fortschreitender etatistischer Regulierung Widerstand entgegen. Das Verhältnis aller etatistisch regulierten Interaktionen zu allen autonomen Interaktionen läßt sich als Indikator für das Kräfteverhältnis zwischen Machthabern und Bürgern konzipieren; Nowak nennt diesen Quotienten *politische Entfremdung der Bürger*. In Abhängigkeit vom Grad der Entfremdung, d.h. vom relativen Gewicht etatistisch regulierter Interaktionen, wird der Widerstand der Bürger unterschiedliche Intensitäten annehmen (Abb. 1): Gering ist er bei einem geringen Entfremdungsgrad, aber auch bei einem sehr hohen Entfremdungsgrad. Denn bei geringer Entfremdung sehen die Bürger keinen Anlaß für Widerstand; eine sehr hohe Entfremdung ist gleichbedeutend mit einer umfassenden Durchdringung der Gesellschaft durch Partei- und Staatsfunktionäre, sodaß hier kaum Gelegenheiten für staatsunabhängiges kollektives Handeln (und damit für die Organisation von Widerstand) bestehen. Am größten ist der Widerstand hingegen bei einem mittleren Entfremdungsgrad (vgl. die Theorie der Gelegenheitsstrukturen, skizziert in Opp 1996). (3) In Zuständen, in denen ein sehr hoher Entfremdungsgrad – *deklassierende Entfremdung* – herrscht und keine Aussicht auf eine Liberalisierung »von oben« besteht, entwickeln die

Bürger Strategien, wie sie etatistisch regulierte Interaktionsfelder umgehen können. Dies drückt sich in einer allmählichen Zunahme außerstaatlicher, von einer starken Gemeinschaftsorientierung geprägter Interaktionen aus. Dieser Vorgang der *Aufwertung autonomer sozialer Bindungen* ist gleichbedeutend mit einer abnehmenden Entfremdung; er befähigt dementsprechend (vgl. Abb. 1) die Bürger wieder zu effizienterem Widerstand.

3. Modell I: Aufstieg und allmählicher Niedergang eines sozialistischen Systems

Auf der Basis dieser drei Hypothesen läßt sich folgendes Verlaufsmodell einer sozialistischen Gesellschaft konstruieren. Unterstellen wir für den Anfang der Entwicklung eine geringe Entfremdung. Aufgrund der Rivalität unter den Machthabern wächst allmählich der Bereich etatistischer Interaktionen an, was eine steigende Entfremdung bedeutet und eine wachsende Widerstandsneigung nach sich zieht. Sobald dieser Widerstand kritische Ausmaße erreicht, haben die Machthaber im Interesse der Machterhaltung nur noch die Wahl, diesen gewaltsam niederzuwerfen und seine Organisatoren unschädlich zu machen. In der Folge dehnen die Machthaber den Regulationsbereich noch weiter aus und bringen die Bürgerschaft in deklassierende Entfremdung, was eine effektive Organisation erneuten Widerstands zunächst verhindert. Erst allmählich entwickeln sich neue Netze außerstaatlicher Sozialbeziehungen, die die Bürger erneut zu widerständigem Verhalten befähigen. Erreicht diese Entwicklung schließlich wieder ein revolutionäres Niveau, dann werden diesmal die Herrschenden mit einer Bürgerschaft konfrontiert, die genügend Erfahrung im Umgang mit repressiven Systemen gewonnen hat, um im Fall der Niederschlagung des Widerstands nach kurzer Zeit wieder die Herrschenden zu konfrontieren. Es ist daher wahrscheinlich, daß in einer solchen Konstellation die Herrschenden sich verhandlungsbereit zeigen und weite Bereiche der bislang etatistisch regulierten Interaktionsfelder aufgeben, sodaß die Entfremdung (und der Widerstand der Bürger) auf ein sehr geringes Maß zurückgeht (vgl. Abb. 2). An einem solchen Punkt existieren zahlreiche Möglichkeiten der Fortentwicklung von einem sozialistischen System (vgl. Brzechczyn 1996).

4. Modell II: »Vorgezogene Teilrevolutionen« als Krisensignal

Hebt man die Annahme der Homogenität sozialer Klassen (Annahme B) auf und unterstellt in einem ersten Konkretisierungsschritt, daß es in der Gruppe der Bürger verschiedene Segmente gibt, in denen der Vorgang der Aufwertung autonomer Interaktionen unterschiedlich schnell abläuft (Annahme B'), dann ergibt sich ein modifiziertes Entwicklungsbild: Während nämlich diejenige Gruppe der Bürgerschaft, die bereits so viele autonome Interaktionen hervorgebracht hat, daß die betreffenden Individuen sich bereits im Intervall revolutionärer Entfremdung befinden, dazu neigen, beim »ersten Anlaß« eine Revolte zu initiieren, befinden sich andere Segmente der Bürgerschaft noch in Zuständen tieferer Entfremdung und sind daher nicht bereit, sich dem demonstrativen Ungehorsam der »Vorreitergruppe« anzuschließen. Dementsprechend exponieren sich die Vorreiter, d.h. sie geben sich den Machthabern als Gegner zu erkennen und können deshalb isoliert und eliminiert werden, ohne daß es zu einer gesellschaftlichen Solidarisierungswelle kommt, die

dies verhindern könnte. Ein solches Phänomen könnte man als *vorgezogene Teilrevolution* bezeichnen. Als Folge steigt in der Gesamtgesellschaft nun wieder die Entfremdung, da die Bürgerschaft diejenige Gruppe verloren hat, in der die Aufwertung autonomer Interaktionen am weitesten fortgeschritten war. Dieser Vorgang muß nun von einem niedrigeren Niveau aus fortgesetzt werden. (Abb. 3).

Bevor ich ein letztes Modell skizziere, soll angedeutet werden, welche historischen Ereignisse den theoretisch modellierten entsprechen: Die Zeitperiode von 1949-1954 kann als Phase deklassierender Entfremdung interpretiert werden. Die Unruhen 1956 und 1970/71 sowie deren Niederschlagung können als vorgezogene Teilrevolutionen begriffen werden, wohingegen die Streikwelle im Sommer 1980 und die darauffolgenden Zugeständnisse der Partei nicht mehr dieser Logik folgen, sondern bereits als massiver Rückzug der Herrschenden gedeutet werden müssen, die laut der bisherigen Modellaussagen eine deutlich geringer werdende Entfremdung hätte nach sich ziehen müssen. Da aber bisher unterstellt wurde, daß die Gesellschaft von allen externen Einflüssen isoliert ist, tatsächlich aber die damaligen Interventionsdrohungen der Sowjetunion diese Phase nachhaltig geprägt haben, können wichtige Ereignisse wie z.B. die Verhängung des Kriegsrechts und die erneuten massiven Restaurationsversuche ab 1982 noch nicht verständlich werden. Dies ist erst möglich, wenn die idealisierende Annahme der internationalen Isoliertheit des Systems (Annahme C) aufgehoben wird.

5. Modell III: Wirtschaftsreformen als Strategie zur Verhinderung sozialer Unruhen

Mit der zusätzlichen Berücksichtigung der Tatsache, daß die Machthaber auch ökonomische Funktionen erfüllen (Annahme A'), soll nun die zyklische Entwicklung im Bereich der Wirtschaftsordnungspolitik erklärt werden. Die Schwierigkeit einer konsistenten Erklärung läßt sich anhand folgender Frage verdeutlichen: Wie kann es trotz des bürokratischen Wettbewerbs, der die einzelnen Machthaber zur ständigen Erweiterung ihrer Regulationsbereiche stimuliert, zu *Deregulierungsprojekten* kommen, zumal Deregulierungen in Verhältnissen deklassierender Entfremdung aufgrund der bisherigen Überlegungen zu einem wachsendem Widerstand der Bürger führen? Wenn man davon ausgeht, daß die Machthaber eine vorgezogene Teilrevolution als besorgniserregend wahrnehmen, dann werden sie ähnliche Ereignisse zukünftig vermeiden wollen. Eine solche Teilrevolution unterbricht also die Routine des bürokratischen Wettbewerbs und sensibilisiert die Machthaber für die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen. Nun kann man ferner annehmen, daß die Bevölkerung mit bestimmten ökonomischen Maßnahmen (z.B. einem verbesserten Konsumgüterangebot) pazifiziert werden kann, d.h. daß bei einem gegebenen Regulationsbereich der regulär zu erwartende Widerstand etwas gesenkt werden kann (siehe die gestrichelte Kurve in Abb. 1). Nimmt man ferner eine konstante Konsumquote am Nationaleinkommen an, so kann die pazifizierende Wirkung eines höheren Konsumgüterangebots nur durch eine Steigerung der allgemeinen ökonomischen Effizienz erreicht werden. Soll das Staatseigentum an Produktionsmitteln beibehalten werden, dann ist eine Effizienzsteigerung nur durch eine Rücknahme direkter Lenkungsinstrumente – eine zunehmende Parametrisierung des Wirtschaftslenkungssystems – zu erzielen (siehe oben). Da nun also Anreize zu autonomen

Interaktionen geschaffen werden, reduziert sich die Menge etatistisch regulierter Interaktionen. Aufgrund der bisherigen, die Ökonomie nicht berücksichtigenden Modellannahmen, müßte nun eigentlich der Widerstand zunehmen; dank der pazifizierenden Wirkung einer Steigerung der ökonomischen Effizienz aber kann dies kompensiert werden (vgl. Abb. 1). Da aber die effizienzsteigernden Effekte einer Parametrisierung des traditionellen Lenkungssystems nur temporär sind, wenn bestimmte, für sozialistische Ideologen unannehmable Maßnahmen unterbleiben (z.B. die Zulassung unbegrenzter privater Kapitalakkumulation oder von Konkursen), stagniert eine parametrisierte Ökonomie nach einiger Zeit (Kornai 1995) und die pazifizierenden Effekte verschwinden. Zusammen mit der Tatsache, daß die letzte vorgezogene Teilrevolution schon längere Zeit zurückliegt und der bürokratische Wettbewerb wieder in normalen Bahnen (mit allen Folgen) verläuft, führt dies erneut zu einer fortschreitenden Regulierung auch des ökonomischen Subsystems, d.h. zur tendenziellen Restauration des direktiven Lenkungssystems. (Dies läßt sich graphisch als graduelles Wiederansteigen der Entfremdung nach einer Deregulierungsphase veranschaulichen – vgl. Abb. 4.)

Die skizzierten Mechanismen können wichtige Aspekte des für die VR Polen charakteristischen Krisenzyklus verständlich machen. Die Wirtschaftsreformversuche unter Gomułka 1956-57 und Gierek 1973-74 sowie die Implementierung der Reform im Januar 1982 können mithilfe des Modells erklärt werden. Daß 1956-57 und 1971-74 auch politische Liberalisierungen erfolgten, wird auf der Basis der bisherigen Argumentation aber noch nicht verständlich. Ebenfalls noch nicht erklärt werden kann der Verlauf der Wirtschaftsreform seit 1987, die den Anfang der sog. Nomenklaturprivatisierung bedeutete (Staniszkis 1991). Die Konkretisierung des Anfangsmodells hat gleichwohl eine zunehmend genauere Interpretation historischer Entwicklungen ermöglicht; das Modell sollte deshalb weiter konkretisiert werden. Es wäre ferner zu prüfen, inwieweit das Modell auch auf andere sozialistische Systeme anwendbar ist.

Literatur

- Antoszewski, Andrzej 1992: *Erozja systemu politycznego PRL. Studium procesu*, Wrocław.
- Brzechczyn, Krzysztof 1996: O ewolucji społeczeństw socjalistycznych. Próba wstępnej konceptualizacji, in: T. Grabinska & M. Zabierowski (eds.): *Analizy Metodologiczne* (Kosmos - Logos vol. 5) [im Druck].
- Jermakowicz, Władysław W. 1985: *Das wirtschaftliche Lenkungssystem Polens. Indikatoren und Determinanten seiner Entwicklung, 1944-1984*, Marburg.
- Jermakowicz, Władysław W./Th. Follis, Jane 1988: *Reform Cycles in Eastern Europe 1944-1987*, Berlin.
- Kornai, János 1995: *Highway and Byways*, Cambridge.
- Nowak, Leszek 1989: On the (Idealizational) Structure of Economic Theories, in: *Erkenntnis* 30: 225-246.
- Nowak, Leszek 1991: *Power and Civil Society. Towards a Dynamic Theory of Real Socialism*, New York.
- Opp, Karl-Dieter 1996: Gesellschaftliche Krisen, Gelegenheitsstrukturen oder rationales Handeln? Ein kritischer Theorienvergleich von Erklärungen politischen Protests. In: *Zeitschr. f. Soziologie* 25 (3): 223-242.
- Staniszkis, Jadwiga 1991: *The Dynamics of the Political Breakthrough in Eastern Europe*. Berkeley.

Thadden, Johannes von 1986: Krisen in Polen: 1956, 1970 und 1980. Eine vergleichende Analyse ihrer Ursachen und Folgen mit Hilfe der ökonomischen Theorie der Politik, Frankfurt/M.

Dr. Achim Siegel, TU Dresden, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, D-01062 Dresden

3. Politische Unterstützung und Demokratisierung in Osteuropa

Susanne Pickel

1. Grundlagen der Systemstabilität

Die Ausbildung einer funktionierenden Demokratie in den osteuropäischen Reformstaaten beruht auf verschiedenen Grundlagen, der *Institutionalisierung demokratischer Verhaltensweisen* und der Ausbildung demokratisch legitimer politischer Institutionen einerseits und andererseits auf der *Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses* durch die Bevölkerung. Die Bereitschaft der Bürger, den ökonomischen, politischen und kulturellen Umgestaltungsprozeß in ihren Ländern mitzutragen, spielt für die Stabilisierung der noch jungen Demokratien eine entscheidende Rolle. Es ist ein Fehlschluß zu glauben, daß nur abgekoppelte ökonomische Fortschritte, oft festgemacht an der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Staaten oder die bloße Einrichtung demokratischer politischer Institutionen die zukünftige Stabilität der Demokratie gewährleisten würden. Vielmehr benötigen die jungen Demokratien auch die politische Unterstützung und das Vertrauen der Bürger (Easton 1965, 1975, 1979; Lipset 1981, 1990). Diese zeigen sich in den Einstellungen der Bevölkerung zu den Maßnahmen, dem Erscheinungsbild und den neuen politischen Repräsentanten der demokratischen Ordnung genauso wie in der Beurteilung des neuen demokratischen Systems und seiner Institutionen. Die daraus resultierende Bewertung und Akzeptanz der Demokratie durch ihre Bürger ist maßgeblich für ihre Dauerhaftigkeit und Stabilisierung. Krisen der politischen und wirtschaftlichen Effektivität sind von als legitim empfundenen politischen Systemen leichter zu überstehen als von politischen Ordnungen, deren Unterstützung durch die Bürger hauptsächlich auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufbaut (Lipset 1981: 64-70). Demnach können vier Stabilitätsstufen politischer Systeme unterschieden werden (im Gegensatz zu Diamond et al. 1990: 9): Ein *stabiles* System ist mit einem hohen Grad an Legitimität und Effektivität ausgestattet und kann auch intensive Krisen überdauern. *Teilweise stabile* Systeme sind partiell etabliert und unterliegen bei ernsthaften Herausforderungen von innen oder außen stärkeren Gefährdungen. Dies trifft besonders dann zu, wenn sie zwar durch ein hohes Maß an Effektivität gekennzeichnet sind, jedoch kaum als legitim empfunden werden. *Teilweise instabile* Systeme weisen zwar ein gewisses Maß an Legitimität auf, stehen aber unter dem Druck einer schlechten wirtschaftlichen oder/und politischen Effektivität. Dies wirkt sich besonders bei einer engen Kongruenz zwischen Legitimitätszuweisung und Effektivitätsbemessung aus. *Instabile* Systeme genügen weder den Effektivitäts-, noch den Legitimitätsansprüchen ihrer